



Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Rathaus

Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Fon: 0231 - 5022078

Fax: 0231 - 5022094

www.gruene-do.de

An die
lokalen Medien

03.07.07

Presseerklärung

Zukunft Klinikum

Am gestrigen Tag hat die GRÜNE Ratsfraktion dem Klinikum Dortmund einen Besuch abgestattet und sich vor Ort über bauliche Investitionen und den Erfolg von Maßnahmen zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Klinikums informiert.

Die Fraktionsmitglieder zeigten sich beeindruckt von der neu konzipierten Hautklinik, die einerseits bei Ausweitung des Ambulanzbereichs einen deutlichen Bettenabbau von 110 auf 36 Betten realisiert hat, andererseits aber vorbildlich die Bereiche der Diagnostik, der Behandlung einschließlich notwendiger Operationen und Ambulanz in räumlicher Nähe verknüpft. Am Beispiel der Hautklinik wird allerdings auch die Schizophrenie des Gesundheitswesens deutlich. Die Krankenkassen finanzieren lediglich eine Pauschale von 22 € je Patient, welcher die Notfallambulanz der Hautklinik aufsucht.

Dazu Fraktionssprecher Mario Krüger: „Unter rein betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten müsste das nur vom Klinikum vorgehaltene defizitäre Angebot aufgegeben werden.“

Die Begehung der neuen zentralen Sterilisation hat ebenfalls einen mehr als positiven Eindruck hinterlassen. In der Kombination von modernster Technik und menschlicher Kontrolle wurde ein ausgeklügeltes logistisches System demonstriert, das modernsten Standards genügt. Finanziert wurde die neue Sterilisation im Widerspruch zu den Verpflichtungen des Landes über ein PPP-Modell mit jährlichen Folgekosten für das Klinikum. Demgegenüber wurde die neue Zentralsterilisation des Josef-Hospitals in Hörde mit Fördergeldern des Landes errichtet.

Mario Krüger: „Am Beispiel der Sterilisation aber auch dann jahrelangen Hängepartie zur Finanzierung des zentralen OP- und Funktionstraktes (ZPOF) wird deutlich, dass sich die Landesregierung in weiten Bereichen aus der Investitionsförderung verabschiedet. Eine Ausweitung des Sterilisationsbetriebes und damit einhergehende Ertragssteigerung durch das Mitversorgen von anderen Krankenhäusern wird von der schwarz-gelben Landesregierung mit Hinweis auf restriktiv zu handhabende wirtschaftliche Betätigung von kommunalen Gesellschaften abgelehnt. Ein Fall für die Psychiatrie.“

Die bisherigen Anstrengungen zur Erreichung der Ziele des Zukunftsabkommens waren nur teilweise erfolgreich. Die durchaus vorzeigbaren Erfolge in der Kostendämpfung wurden u.a. durch den Ärztestreik, die Tarifierung und Bausteine der in Kraft getretenen Gesundheitsreform im Ergebnis deutlich geschmälert.

Aus der aktuellen Situation ergibt sich sowohl für die Geschäftsführung des Klinikums als auch für den Gesellschafter sowie den Rat ein Handlungsdruck noch in diesem Jahr.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen und werden in keinem Fall zulassen, dass das Klinikum mit seinem breiten Versorgungsanspruch veräußert wird. Eine Privatisierung würde die fortschreitende „Rosinenpickerei“ bei der Behandlung von Krankheiten fortsetzen und verschärfen. Zu erwarten wäre ein Schließen unrentabler Abteilungen und Häuser sowie eine deutliche Verschlechterung der Situation von Beschäftigten.

Dazu Mario Krüger: „Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass in einer Stadt wie Dortmund mit einem weiträumigen Umland alle Leistungen angeboten werden, die nachgefragt werden. Diese Versorgungsgarantie muss auch zukünftig gewährleistet sein, wobei Spezialisierungen, Kooperationen oder Auslagerungen von Leistungen in den ambulanten Bereich nicht ausgeschlossen und sogar wünschenswert sind. Der besonderen Bedeutung eines Großkrankenhauses wie dem Klinikum müsste durch das Land u.a. durch die Anhebung des Landesbasisfallwertes besondere Rechnung getragen werden. Dass dies nicht stattfindet, ist angesichts der minimalen Vergütung von diversen Leistungen, z.B. im Bereich der notwendigen Notfallambulanzen, skandalös.“

Auf kommunaler Ebene muss abgewogen werden, welche Mischung aus strukturellen Maßnahmen, Beiträgen der Beschäftigten und gegebenenfalls des Gesellschafters dazu beitragen kann, das Klinikum dauerhaft zukunfts- und konkurrenzfähig zu machen.

Aus unserer Sicht ist es völlig nachvollziehbar, dass die Beschäftigten einen Notlagentarifvertrag bei gleichzeitiger Leistungsverdichtung und ungewissen Entwicklungschancen des Klinikums nicht ohne wenn und aber akzeptieren. Betriebsbedingte Kündigungen auf der Grundlage von Einschränkungen im Leistungsangebot sind keine Alternative.

Es ist sinnvoll, dass die Beschäftigtenvertretungen im Klinikum eine gutachterliche Bewertung des wirtschaftlichen Risikos vornehmen lassen. Nur auf der Basis einer einvernehmlichen Bewertung lassen sich sinnvolle Verhandlungen führen.

BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN plädieren bei weiteren Gesprächen der Verhandlungspartner auch solche Lösungen zu berücksichtigen, dass Beschäftigte nur dann auf einen Teil ihrer tariflich vereinbarten Sonderzahlungen verzichten, wenn analog zu den Regelungen in Kamen die Beschäftigten bei künftigen Gewinnausschüttungen mitpartizipieren. So würde eine kurzfristige Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation erreicht und eine längerfristige Perspektive für die Erzielung eines ausgeglichenen Haushaltes gewährleistet.

Mario Krüger: „Auch der Politik muss absolut transparent gemacht werden, inwieweit ein weiterer Beitrag des Gesellschafters zur dauerhaften Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation beitragen kann. Wesentlich ist, dass die Strukturreformen greifen und eine ausreichende Unterstützung des Landes sowohl in struktureller Hinsicht als auch bei Entscheidungen über Investitionen gewährleistet ist.“

